

## **Festlegungsprotokoll der Parteivorstandsberatung vom 9. und 10. Juli 2022**

**Samstag, 9. Juli 2022**

**11.00 bis 11.25 Uhr**                      **TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan**

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt, nachgereichte Vorlagen wurden in die Tagesordnung einsortiert, die Tagesordnung wurde in geänderter Reihenfolge beschlossen.

Der Parteivorstand beschloss einstimmig eine Protesterklärung gegen den Sprengstoffanschlag gegen das LINKE.Zentrum in Oberhausen und machte ein Solidaritätsfoto. **Beschluss 2022/218**

Es gab eine kurze Vorstellungsrunde aller Teilnehmenden der Beratung.

**11.15 bis 15.10 Uhr**                      **TOP 2 Auswertung des Bundesparteitages und Schlussfolgerungen**

Mit einleitenden Beiträgen der Parteivorsitzenden gab es einen Rückblick auf den Parteitag, woran sich die meisten Mitglieder des Parteivorstandes mit Beiträgen beteiligten. Stichworte aus der Diskussion:

- Metoo-Debatte am Freitag gut gelaufen, aber die parallele Twitter-Begleitung war prekär und widerspricht teilweise dem Anspruch auf respektvollen Umgang; Awareness-Team war zu klein und braucht einen Leitfaden, Tagungspräsidium war zu wenig auf die Konflikte eingestellt.  
Jetzt weiter glaubwürdig an Strukturen arbeiten. Keine Parteitagspolizei!  
Der Satzungsänderungsantrag zu Parteiordnungsmaßnahmen hat zwar eine Zweidrittelmehrheit erreicht aber nicht das nötige Quorum, weil es große Bedenken wegen möglichen Missbrauchs gab. Daran muss weitergearbeitet werden.  
Männer-Workshop war teilweise problematisch (z.B. wenn eine Kultur der Angst gefordert wurde)  
Mit dem Jugendverband muss die Debatte (weiter) gesucht werden.
- Zu viele persönliche Erklärungen
- Gut: Gastreden und Beitrag der russischen Rednerin, unwürdig die GO-Debatte um den ukrainischen Beitrag
- Der Satzungsantrag für ein Quorum für Parteitagsanträge ging verloren, weil ungünstig formuliert.
- Für Vorsitz-Kandidaturen müsste es ein Quorum geben.
- Parteitag im Verhältnis zur kritischen Ausgangslage gut verlaufen, Katastrophe ist ausgeblieben, aber es bleibt kompliziert, hausgemachte Probleme müssen bearbeitet werden, Konflikte bleiben, siehe innerparteiliche Reaktionen auf den Parteitag, aber: DIE LINKE hat Raum zum Agieren.
- Teuerung und Inflation können eine Demokratie-gefährdende Entwicklung nehmen, große Aufgabe im Herbst, damit das nicht von rechts besetzt wird. „Verarmungskrise“ droht. Zu den Preissteigerungen gibt es klare Forderungen, zur Energiesicherheit sind Forderungen unklar. Bündnisse - auch in den Bundesländern - aufgreifen, keine Sommerpause machen! Die krisenhaften Entwicklungen brauchen JETZT Antworten.
- Parteivorstand sollte sich mehr auf Außenwirkung konzentrieren. Mehr gemeinsame Stimme zwischen Partei und Fraktion nötig.
- Zusammensetzung des Parteivorstandes deckt nicht die Partei breit ab (Strömungen fehlen, NRW fehlt...), aber viele Gliederungen oder Strömungen haben auch nicht die Verantwortung übernommen, Kandidierende zu entsenden.

Die Parteivorsitzenden, Bundesgeschäftsführer und Bundesschatzmeister haben bereits Kontakt mit Gruppen aufgenommen, die nicht mehr im PV vertreten sind (und tun das weiter).

Tobias berichtete, dass mit NRW eine Kontaktgruppe gebildet wurde.

- Parteivorstand muss sich mehr um Mobilisierungsfähigkeit und Bündnisfähigkeit kümmern; mehr gemeinsame Praxis entwickeln
- Kampf gegen Aufrüstung stärker machen
- Friedensantrag hat eine fragile Mehrheit, 41% wollten Alternativ-Antrag, eine ebenfalls große Gruppe hätte sich eine andere Ausrichtung (als der vorliegende Antrag UND der Alternativantrag gewünscht.
- zukünftig: Botschaftsmanagement verbessern, z.B. durch Einbringung der Leitanträge; worum es in den Antragsbehandlungen ging, war für Außenstehende kaum erkennbar.
- Wir brauchen für die Vorbereitung der weiteren Wahlen mehr Substanz. Wo sind Erfolge möglich, z.B. Chance OB-Wahl in Rostock im November.
- Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen, ist die schwerste Aufgabe.
- Bundestagsfraktion macht am 1./2. September eine Klausur in Potsdam
- Weniger labern, mehr an Vorlagen arbeiten.
- Mehr an gewerkschaftlicher Verankerung arbeiten. Pflegekampagne stark machen.
- Gut, dass die Partei mit dem Leitantrag L01 die Verbindung von Ökologie und sozialen Fragen manifestiert hat.
- Falsch ist die Erzählung, dass die Partei sich mit diesem Parteitag von den Beschäftigten abgewandt hat. Im Parteivorstand sind mehr Gewerkschafter\*innen vertreten als je zuvor.
- Es gab eine klare Absage an Sympathie für Russland.
- Schade, dass der Antrag P02 (Parteientwicklung) nicht behandelt wurde. Die Aufgaben von P02 müssen dringend bearbeitet werden. Schon für den Herbst muss die Kampagnenfähigkeit hergestellt werden.
- Die Delegierten waren gewillt, den Parteitag nicht im Chaos versinken zu lassen.
- Die herabwürdigende Kommentierung der Parteitagsergebnisse wie „loosing team“ war eine Frechheit
- Brauchen wir weiter OpenSlides?
- Die Preise waren zu hoch. Die Ehrenamtlichen bekamen keine Verpflegung.
- Wie können wir die Kommunalpolitiker\*innen besser unterstützen, z.B. bei Fragen der Finanzierung?
- Tobias dankte der Bundesgeschäftsstelle, dem Landesverband Thüringen und dem Awareness-Team für die Arbeit. Er dankte auch den ausgeschiedenen Parteivorstandsmitgliedern.
- Die Rede von Gysi ist nicht gut angekommen.
- Nach dem Parteitag gab es circa 100 Austritte (Gründe Metoo, Frieden mit gegensätzlichen Aspekten) und circa 50 Eintritte.

Zur Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion wurden folgende Punkte genannt:

- Zusammenarbeit bei Themen organisieren, z.B. Wohnen, 9Euro-Ticket
- Wie bei Projekten wie z.B. Pflege die Kooperation organisieren?
- Regelmäßige (drei bis viermal im Jahr) Treffen zwischen GfPV und Fraktionsvorstand anhand von Themen mit vorbereiteten Vorlagen, ggf. auch gemeinsame Klausuren, einmal im Jahr auch als gemeinsame Beratung von Parteivorstand mit der Fraktion  
was läuft, sind wöchentliche Absprachen zwischen Partei- und Fraktionsvorsitzenden und Geschäftsführern
- Wie mit unterschiedlichen Positionen zwischen Partei und Fraktion umgehen? Wie mit (bewussten) Verstößen gegen verabredete Personen umgehen, wie mit Erpressungsversuchen?  
Manchen fachpolitischen Abstimmungsrunden werden scheitern, weil es erhebliche Differenzen gibt, Beispiel AK 6 Außenpolitik

Gut war das Trouble-shooting in dieser Woche.

- Wie Schwerpunktthemen besser kampagnenförmig und durch parlamentarische Initiativen begleiten?
- Mehr verbindliche Arbeitsstrukturen statt Laberrunden organisieren, konkrete Formate dafür finden, auch die Mitarbeiter\*innen der Bundesgeschäftsstelle einbeziehen
- Amira sagte zu, die Kooperation zu verbessern
- Die Fraktion soll zu ihren Fachberatungen die PV-Mitglieder einladen. Im AK Soziales ist für September eine Klausur geplant;
- Die Regierungsbeteiligungen und die Möglichkeiten im Bundesrat sollen mehr genutzt werden.
- Wie können auch die Strukturen der Parteien und gesellschaftliche Mobilisierungen in die Kooperation integriert werden?  
Auch die Kompetenzen der RLS müssen einbezogen werden.
- Arbeitsstrukturen der Parteistrukturen an die der Fraktion anpassen? Nein, das können die ehrenamtlichen PV-Mitglieder nicht leisten
- „Kriegsprofiteure zur Kasse“ verbindend?
- Die Abstimmung zum Afghanistanabzug im vorigen Jahr war ein Kommunikationsdesaster
- Wir haben nur ein kleines Aufmerksamkeitsfenster, da müssen wir mit einheitlichen Botschaften agieren.
- Schwerpunktthemen festlegen, Kampagnenfähigkeit dazu mitdenken
- Es gibt auch weitere Arbeitsstrukturen wie z.B. die fachpolitischen Sprecher\*innenrunden auf parlamentarischer Ebene, die mitgedacht werden müssen.
- Bei Fachthemen können und müssen sich die PV-Mitglieder selbständig mit den Fachpolitiker\*innen vernetzen.

Die Schlussfolgerungen wurden auf den TOP 6 Arbeitsweise verschoben. Dort wurde am Folgetag ein Beschluss zur Zusammenarbeit gefasst.

Tobias sagte eine Informationsvorlage dazu vor, welche alten Anträge des früheren Parteitag an den vorigen Parteivorstand noch zu behandeln sind.

Der Parteivorstand beschloss die an den Parteivorstand überwiesenen Anträge P02, P03, G01 und G04 im September zu behandeln

Der Parteivorstand diskutierte und beschloss einstimmig (mit wenigen Ergänzungen) die Umsetzung des Parteitagsantrag P13 „Den feministischen Grundkonsens mit Leben füllen...“. **Beschluss 2022/209**  
Den Mitgliedern des Parteivorstandes soll eine Übersicht (Synopsis) über die bereits vorhandenen Leitfäden und Vertrauensstrukturen vorgelegt werden. Es wurde erörtert, ob die Partei klären muss, wie sie zum Definitionsmacht-Konzept und zum Konzept der transformativen Gerechtigkeit steht.

Der Parteivorstand beschloss (mit Änderungen) einstimmig den Parteitagsantrag „DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution“. **Beschluss 2022/210 G08**

*(dazwischen Mittagspause von 13.25 bis 13 55)*

**15.10 bis 16.40 Uhr**

### **TOP 3 Umgang mit Inflation und Teuerungen**

Der Parteivorstand nahm den Bundestagsantrag der Bundestagsfraktion zur Kenntnis. Die Aktivitäten der Landesverbände zu diesem Thema wurden angesprochen. In der Diskussion wurden folgende Aspekte angesprochen:

- Die Forderungen aus der Beschlussvorlage müssen auf den Punkt bzw. vier bis fünf Punkte gebracht werden bzw. zugespitzt werden.  
Die Komplexität des Themas wurde skizziert: Z.B. Die aktuellen Teuerungen sind nicht Produkt mangelnder Gaslieferungen oder der Boykott-Maßnahmen, sondern Lieferketten waren auch schon im Zusammenhang mit Corona gestört.
- Das Problem der Teuerungen bei den kommunalen Energiebetrieben wurde thematisiert.
- Das Thema Aufrüstung muss integriert werden.
- Welche Bündnispartner\*innen gibt es? Sozialverbände, Gewerkschaften (und Gruppen in anderen Parteien);
- Verknüpfung mit den aktuellen Lohnkämpfen herstellen
- Aktion muss atmen, anpassbar sein an neue Entwicklungen
- Was antworten wir Leuten, die nach konkreter Hilfe fragen? DIE LINKE.hilft wieder aktualisieren.
- Es wurde vorgeschlagen, Gerhard Trabert einzubinden.
- Es fehlt eine Aussage zu den Lebensmittelpreisen. Hinweis auf die Aktion der KPD „Arbeiter wollen essen“.
- Eine Eskalation der Forderungen wäre sinnvoll.
- Wir sollten regelmäßige Beschwerde-Aktionsformen anbieten um Anlaufpunkte zu bieten
- Die von Armut bedrohte Gruppe ist enorm groß geworden, ein erheblicher Teil sind Erwerbstätige.
- Die Verlängerung des 9Euro-Tickets wurde diskutiert, der große Vorteil ist, dass es bundesweit gilt. Ergänzt werden soll die Frage „Wo bleibt der Bus?“  
In Bremen wird allerdings schon der ticketfreie Nahverkehr verhandelt.
- Die Bundestagsfraktion sollte ihr Format „Fraktion vor Ort“ einsetzen.
- Das Konzept für die Grundkontingente muss aktualisiert werden, darum kümmert sich der Bereich S&G.
- Hinsichtlich der Zulage müssen die Bedingungen noch ausformuliert werden.
- Es soll auch eine Verbindung mit der Asylpolitik hergestellt werden.

Die Vorlage „Der LINKE Plan für Entlastung und soziale Gerechtigkeit“ wurde einstimmig beschlossen.

**Beschluss 2022/211**

Der Beschluss soll im Parteivorstand im September überprüft werden.

Der Bundesgeschäftsführer soll so schnell wie möglich die Partei über die Umsetzung informieren.

Janine informierte darüber, dass sie am Montag in der Pressekonferenz die Forderungen zur Energiesicherheit vorstellen wird.

**16.40 bis 18.25 Uhr**

### **TOP 4 erste Überlegungen zur Europa-Wahl**

Der Parteivorstand nahm den Zeitstrahl zur Europa- und Bundestagswahl zur Kenntnis.

Martin Schirdewan stellte erste Überlegungen vor.

In der Partei gab es 2019 zwei Pole: die Ablehnung und die Befürwortung der europäischen Idee. Der dritte Pol hat nicht funktioniert.

Strategisches Ziel muss sein, als Partei stärker zu werden.

Neu in der Ausgangslage: Brexit-Schock, Corona-Hilfspakete, der russische Angriffskrieg

Mögliche Themen in die konkreten Auseinandersetzungen einbetten:

- Stärkere soziale Rechte erreichen
- Energie
- Social housing
- Frieden und nicht-militärische Konfliktlösung
- Offene EU

Aspekte im Wahlkampf von Boric in Chile. Verortung der politischen Akteure identifizieren.

Grüne in Bedrängnis bringen, Beispiel Taxonomie, CETA

Abgrenzung von anderen Parteien

Eigene Narrative schaffen

Zentrale politische Begriffe von links besetzen und aufladen, wie in Chile am Beispiel „Freiheit“

Stichworte aus der Diskussion:

- Eintrittskarte MUSS eine positive Haltung zur Europäischen Integration sein (ohne kritiklos zu sein), das muss erarbeitet werden  
Andere werden das Narrativ „bedrohte Demokratie“ spielen, das wird die Diskussion bestimmen.
- Wahlkampf 2019 war geprägt durch Aufstieg von Fiday for future und auch der AfD
- Internationalistischer Ansatz geht über Bekenntnis zu Europa hinaus
- Militarisierung thematisieren und Gegenpol aufbauen, Minderheitenposition vertreten
- Wie die Kritik an der EU aufrechterhalten, ohne Nein zur EU zu sagen (da landete man schnell beim Nationalstaat). Aber warum kandidieren wir dann, wenn wir die EU ablehnen?  
Wie den großen Block in der Partei mitnehmen, der extrem EU-kritisch ist?  
Wir müssen beantworten, warum man DIE LINKE ins Europaparlament wählen muss.  
EU als Feld der Auseinandersetzung sehen und konkrete Kritik formulieren, da muss man nicht erklären, ob man für oder gegen die EU ist.
- Können wir mit dem Solidaritätsbegriff arbeiten? Was meinen wir mit internationaler Solidarität?
- Kommunikation war 2019 inkonsistent: unsere konkrete Europapolitik war grünen-nah, viele Aussagen im Wahlkampf waren extrem europakritisch, das hat einen großen Teil unserer Wähler\*innen zu den Grünen gejagt.
- Wird es 2024 transnationale Listen geben?
- Wie gehen wir mit einer größeren Bedeutung Osteuropas um?
- Gleichzeitig zur Europawahl sind viele Kommunalwahlen, da gibt es sehr viele, ganz konkrete Verknüpfungen, die herausgestellt werden müssen.
- Europäische Kampagne wäre wünschenswert, wenigstens fünf bis sechs gemeinsame Punkte  
Ein „Europäisches Manifest“ erarbeiten – als EL
- Dokumentieren, was wir im EP erreicht haben
- Skepsis, ob man Begriffe (wie Freiheit) von uns aus anders besetzen kann, wir haben keine Diskursmacht.
- Wenn Parteivorsitzender Spitzenkandidat wird, dann kann das ein Pfund sein
- Wie schaffen wir es, diese Vorsätze umzusetzen, denn die gab es letztes Mal auch? (Beispiel wie verhindert man ideologische Debatten auf dem Parteitag?)
- Welche Bewegung könnte eine ähnliche Dynamik entfachen, wie es in Chile der Fall war?
- The Left im EP plant im Mai 2023 ein Vorsitzendentreffen
- EP will eine 3,5-Hürde, Umsetzung aber fraglich
- Demokratisierung Europas ist eine Forderung nach mehr Europa, die „Republik Europa“ ist die radikalste Forderung, weil sie eine Neugründung nach sich zieht
- Wie für Wahlbeteiligung sorgen? Bewegungen sind meist national strukturiert und dort stärker, aber europaweit schwach
- Feministischen Blick auf Europa entwickeln



Öffentlichkeitsarbeit, zur Mitgliederentwicklung und zur Finanzauslastung.

- Mitglieder-Zooms sollen längerfristig geplant werden und zu Schwerpunktthemen oder besonderen Vorhaben durchgeführt werden.
- Tobias Bank informierte darüber, dass eine große Umstrukturierung der Bundesgeschäftsstelle derzeit kein Thema ist, aber dass er viele Gespräche mit den Beschäftigten über Prioritätensetzung führt. Die Reduzierung des Arbeitszeitvolumens der Bundesgeschäftsstelle um 20 Prozent MUSS zu Veränderungen der Arbeitsweise und Prioritätensetzung führen.  
Es wurde in Frage gestellt, ob die Struktur der Bundesgeschäftsstelle optimal ist.  
Mehrere Parteivorstandsmitglieder baten um Informationen zu geplanten Veränderungen in der Bundesgeschäftsstelle.
- Harald Wolf erläuterte das Spendenmodell für Cuba sí, aus den Spenden werden zwei der drei Stellen für die Solidaritätsarbeit finanziert.
- Es wurde Gesprächsbedarf zu den Spenden (aus den Diätenerhöhungen) der Fraktion bzw. des Fraktionsvereins angemeldet. Möglicherweise könnte DIE LINKE.hilft durch solche Spenden unterstützt werden.
- Wird genügend für die politische Bildung und die Integration der jungen neuen Mitglieder getan?
- Es braucht bei der Kampagnenarbeit zielorientierte Angebote für unterschiedlich aufgestellte Landesverbände (Beispiel Niedersachsen anders als Thüringen).
- Die Lokalisierung des Festes der Linken (Berlin, dezentral) wurde angesprochen.
- Sophie Dieckmann informierte über die aktuelle Politik-Akademie für Nachwuchs (in Regie der RLS), dieses Jahr in Baden-Württemberg und Thüringen.
- Es wurde angeregt, mit der RLS einen Austausch zu suchen.
- Im Parteivorstand soll das Thema Parteiaufbau als Schwerpunkt thematisiert werden.
- Es gab eine kurze Verständigung zum Mitgliederentscheid über das Bedingungslose Grundeinkommen. Dazu soll es vor der nächsten regulären Parteivorstandsberatung im September eine Sonderberatung des Parteivorstandes geben.

**10.50 bis 14.20 Uhr**

**TOP 6 Arbeitsweise, Sitzungsplanung etc.**

In Zusammenfassung der Diskussion vom Vortag wurde einstimmig ein Beschluss zur Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion gefasst. **Beschluss 2022/219**

Zu den Zuständigkeiten gab es eine Aussprache mit folgenden Stichpunkten:

- Die Zuständigkeiten im Parteivorstand sollen wie in der Diskussion vorgeschlagen (und in die Beschlussvorlage übertragen) zu Themenbündeln geclustert werden.
- Brauchen wir zwischen den regulären Parteivorstandsberatungen zusätzliche Beratungen (z.B. dienstags ab 19 Uhr)? Bei Bedarf ja.
- Erklärungen von Parteivorstandsmitgliedern sollen mit der Bundesgeschäftsstelle abgesprochen werden und es soll immer die ganze Partei mitgedacht werden.
- In die Parteivorstandsarbeit ist das Ehrenamt mehr einzubeziehen.
- Es wurde vereinbart, zu einigen Themenfeldern Arbeitsgruppen/Teams zu bilden, die eine\*n Ansprechpartner\*in für die Koordinierung benennen und eine Ansprechperson in der Bundesgeschäftsstelle haben.  
Die Arbeitsgruppen/Teams sollen im September berichten, wie sie sich organisieren.  
Die RLS soll einbezogen werden.
- Die Umsetzung des Parteitagsbeschlusses L03 muss mitgedacht werden.
- Die Tabelle 219 soll um die Zuständigkeiten der Fraktion ergänzt werden.

- Es wurde darauf hingewiesen, dass angesichts der Arbeitszeitverkürzung die Mitarbeiter\*innen der Bundesgeschäftsstelle weder die Funktion von Sekretär\*innen noch Fachreferent\*innen für die BAGs und PV-Arbeitsstrukturen übernehmen können.
- In der Bundesgeschäftsstelle soll die Zuständigkeit für die Religionspolitik geklärt werden. Die Frage der zukünftigen Teilnahme am Kirchentag soll noch mal aufgeworfen werden.
- Bis September sollen in den Arbeitskreisen/Teams besprochen werden und geklärt werden, was macht der AK? Was macht das KL-Haus in Betreuung des AK (wer?)? Welche Struktur gibt sich der AK? Wie ist der Fraktionskontakt? Wie wird das Ehrenamt in der Partei mitgedacht (BAGen, Kampagnen- und Aktionsräte)?

#### 12.10 bis 12.30 Uhr Mittagspause

Die Zuständigkeiten wurden mit geändert und mit Ergänzung beschlossen. **Beschluss 2022/202**

Zum September wird ein Vorschlag vorgelegt, wie die Pressearbeit der Parteivorstandsmitglieder geregelt werden soll. Es soll geprüft werden, ob hybride Tagungen machbar und sinnvoll sind.

Die **Geschäftsordnung** wurde mit einer Ergänzung beschlossen. **Beschluss 2022/200**

Die **Sitzungsplanung** wurde mit einigen Änderungen einstimmig beschlossen. **Beschluss 2022/201**

Die Vorlage zur **Personalverantwortung** wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2022/203**

Die Vorlage **hauptamtliche Ausübung von Parteiämtern** wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2022/204**

Die **Neuberufung der Vertrauensgruppe und der Kontaktgruppe** wurde mit Änderungen nach einer längeren Aussprache zur Zusammensetzung vorläufig beschlossen. **Beschluss 2022/206**

Für die Gruppe wird dringend ein Leitfaden gebraucht, wie sie arbeiten soll. Dieser soll vorläufig (vor einem Parteitagsbeschluss im kommenden Jahr) vom Parteivorstand beschlossen werden.

Wenn die Vertrauensgruppe auch mit nicht sexistischen Diskriminierungsvorwürfen konfrontiert wird, dann müsste es auch entsprechende Ansprechpartner\*innen geben, aber es würde die Gruppe überfordern, wenn sie alle Fragen der Diskriminierung bearbeiten soll.

Es wurde angeregt, ein Gespräch mit dem Jugendverband zu führen. Janine berichteten, dass Martin und sie in der vergangenen Woche mit dem Sprecher\*innenrat des Jugendverbandes ein Gespräch geführt haben.

#### 14.20 bis 14.40 Uhr TOP 7 Weitere Vorlagen, Verschiedenes

Die Vorlage zur **Unterstützung der Fiesta Cuba sí** wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2022/212**

Die **Unterstützung der linken und progressiven Kräfte bei der Kampagne für eine neue Verfassung in Chile** wurde beschlossen und eine Foto-Aktion gemacht. **Beschluss 2022/213**

Zu dem Thema soll entsprechende Werbung bei den Exil-Chilen\*innen gemacht werden und auch der Kontakt mit der RLS gesucht werden werden.

Die Informationsvorlagen zur Unterstützung der Landtagswahl in Niedersachsen wurden zur Kenntnis genommen, Ates Gürpınar warb für eine aktive Wahlkampfunterstützung. Daphne Weber warb dafür, Partnerschaften

zwischen niedersächsischen und anderen Kreisverbänden zu aktivieren, und das Landeswahlbüro in Niedersachsen zu unterstützen

Die Informationsvorlage „Ideenskizze für eine Kampagne der LINKEN und Mobilisierung zum 8.10.2021“ wurde zur Kenntnis genommen.

Ebenfalls wurden die vielen Vorlagen zu Regularien zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage mit dem Titel **Gegen Chatkontrolle** wurde einstimmig beschlossen. **Beschluss 2022/215**

Gösta Beutin informierte, dass es im August ein Klima-Camp in Hamburg geben soll, das noch per GfPV-Beschluss begrüßt und durch die Auslage von Material begleitet werden soll.

Ates kündigte eine vertrauliche Information über Termine der Bewegungen an den Parteivorstand an.

Die nächste Beratung des Parteivorstandes findet am 10./11. September als Klausurberatung in Nauen statt. Der Vorlagenschluss dafür ist der 31. August. Davor soll es eine Dienstagsberatung wegen des Mitgliederentscheids zum BGE geben.

14.40 Uhr Ende der Beratung

**Anwesenheit:**

	9.7	10.7
Aydurmus, Didem	E	E
Bank, Tobias	ja	ja
Beutin, Lorenz Gösta	ja	ja
Buchholz, Christine	ja	ja
Ehling, Janis	ja	
Eisenreich, Kerstin	Ja	ja
Gallert, Wulf	ja	ja
Gebel, Kathrin	ja	ja
Glasow, Margit	E	E

	9.7	10.7
Gürpinar, Ates	ja	ja
Gutperl, Bettina	ja	ja
Hartmann, Stefan	ja	ja
Koch, Sebastian	E	E
Lützkendorf, Dana	ja	ja
Mardones Orellana, Tupac	ja	ja
Ost, Ellen	ja	ja
Pantisano, Luigi	ja	ja
Richter, Jan	ja	ja

	9.7	10.7
Schirdewan, Martin	ja	E
Schubert, Katina	E	E
Seppelt, Jana	ja	ja
Tegeler, Maja	ja	ja
Tempel, Frank	ja	ja
Weber, Daphne	ja	ja
Wissler, Janine	ja	ja
Wolf, Harald	ja	ja

**Gäste (manche nur stundenweise):**

Name	Bereich/Institution
Dietmar Bartsch	Fraktionsvorsitzender
Amira Mohamed Ali	Fraktionsvorsitzende

Name	Bereich/Institution
Conni Swillus-Knöchel	Bundesausschuss
Alexander Kauz	Bundesausschuss

<b>Name</b>	<b>Bereich/Institution</b>
Steffen Niese	Bundesgeschäftsstelle
Martin Heinlein	Bundesgeschäftsstelle
Claudia Gohde	Bundesgeschäftsstelle
Christina Kaindl	Bundesgeschäftsstelle
Christoph Kröpl	Bundesgeschäftsstelle
Lars Peters	Bundesgeschäftsstelle
Kajo Tetzlaff	Bundesgeschäftsstelle
Daniel Wittmer	Bundesgeschäftsstelle

<b>Name</b>	<b>Bereich/Institution</b>
Sophie Diekmann	Bundesgeschäftsstelle
Nadia Zitouni	Bundesgeschäftsstelle
Steffen Schumann	Mitarbeiter der Bundestagsfraktion
Harry Liebs	Mitarbeiter im Büro Amira
Patrick Wahl	Mitarbeiter der Bundestagsfraktion
Anika Schmidt	BAG Netzpolitik

Aufgeschrieben von: Claudia Gohde

Verteiler: Verteiler entsprechend Geschäftsordnung des Parteivorstandes, Anlage 2  
Bereichs- und Büroleiter/innen der Bundesgeschäftsstelle.